
„Großreinemachen“ verbundenen Unbequemlichkeiten in Kauf. Es ist nun freilich nicht so, daß gerade Breslau es besonders nötig gehabt hätte, sich endlich einmal gründlich zu säubern. Aber man tut eben gern auch ein Übriges, um sich den Besuchern im Festgewande zu präsentieren. Die Breslauer bringen zu diesem Behufe allerlei finanzielle Opfer. In allen Papiergeschäften hängen schon die Embleme und Girlanden zum Verkauf, die zum Schmuck der Häuser in den Außenvierteln Verwendung finden sollen. In der Innenstadt wird man vorwiegend das haltbare frische Kiefergrün zur Ausschmückung nehmen, das zugleich den Fremden den Waldschlamm schmecken dürfte. Denn nicht nur Breslau, ganz Schlesien steht dem großen deutschen Volksfeste der Leibesübungen in erwartungsvoller Freude entgegen. Schon im März hat der Landesverband der Leibesübungen auf einer Tagung sich mit den Anforderungen des Festes auseinandergesetzt. Der seit Jahren intensiv betriebene Aufbau der einzelnen Fremdenverkehrsvereine — sei es im Riesengebirge und Hainichen, sei es in der Grafschaft Glatz, im Glatzer Gebirge oder im Riesengebirge — wird sich jetzt als leistungsfähig erweisen. Denn eine große Anzahl von Festteilnehmern will ja im Anschluß an die Breslauer Tage sich auf Reisen durch das schöne Schlesien begeben. Schon jetzt sind über 12.000 Fahrtenbücher verkauft, und 7500 Anmeldekarten für Anfahrtsreisen liegen vor. Nicht nur die Feststadt Breslau, das ganze Grenzland Schlesien ist für den Empfang der Deutschen aus aller Welt gerüstet.

Fachanwälte für Steuerrecht.

Staatssekretär Reinhardt eröffnete die Reichsfinanzschule Berlin.

Berlin, 4. Juli.

Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Reinhardt eröffnete Montagvormittag in Gegenwart von Vertretern des Reichsjustizministeriums, der Reichsrechtsanwaltschaft und der Reichsfinanzverwaltung und von 130 Rechtsanwälten und Anwaltsgehilfen die in Berlin-Grunewald eingerichtete Reichsfinanzschule. Zwei der Schule ist die Durchbildung von Lehrgängen der Rechtsanwälte, die in die Liste der Fachanwälte für Steuerrecht eingetragen zu werden wünschen.

Staatssekretär Reinhardt führte in einem längeren Vortrag u. a. aus: Die Steuer muß nach der wirtschaftlichen Leistungskraft der einzelnen bemessen werden. Diese wirtschaftliche Leistungskraft hat der einzelne nicht nur sich selbst zu verdanken, sondern im wesentlichen dem Staat und dessen Einrichtungen, die die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sind. Es ist nicht mehr wie recht und billig, daß der einzelne in dem Maße zur Deckung der Kosten des Staates herangezogen wird, in dem er die Einrichtungen des Staates unmittelbar und mittelbar in Anspruch nimmt und in dem er innerlich in der Ordnung wirtschaftliche Leistungskraft erzielt.

§ 107 Absatz 3 der Reichsabgabenordnung gemäß gibt es zwei Gruppen von Personen, die ohne weiteres befugt sind, gesetzmäßig Recht und Hilfe in Steuerfragen zu erteilen und als Bevollmächtigte und Beistände von Steuerpflichtigen vor den Finanzbehörden aufzutreten: Die Rechtsanwälte und Notare, und die Personen, die durch einen Oberfinanzpräsidenten als „Steuerberater“ ausdrücklich zugelassen worden sind. Es sind dies die einzigen Berufsgruppen, die als Bevollmächtigte und Beistände von Steuerpflichtigen vor den Finanzbehörden allgemein zugelassen sind und demgemäß nicht zurückgewiesen werden können.

Prozessagenten, öffentlich bestellte Wirtschaftsprüfer, vereidigte Büchsenrechner usw. können die allgemeine Befugnis, als Bevollmächtigte und Beistände von Steuerpflichtigen vor den Finanzbehörden aufzutreten, nur durch ausdrückliche Zulassung als Steuerberater erlangen.

Die Rechtsanwaltschaft hat den Wunsch, sich in Zukunft mehr als bisher auch als Rechtswahrer auf dem Gebiet des Steuerrechts zu betätigen. Dieser Wunsch wird von der Reichsfinanzverwaltung außerordentlich begrüßt.

Der Reichsminister der Finanzen und der Reichsminister der Justiz haben im Einvernehmen mit der Reichsrechtsanwaltschaft am 10. November 1937 Richtlinien über eine besondere Fachanwaltschaft für Steuerrecht erlassen. Danach dürfen diejenigen Rechtsanwälte, die nach außen auch als Rechtswahrer auf dem Gebiet des Steuerrechts aufzutreten wünschen, nach Erfüllung bestimmter Bedingungen neben der Bezeichnung „Rechtsanwalt“ die Sonderbezeichnung „Fachanwalt für Steuerrecht“ führen, sofern sie vom zuständigen Oberfinanzpräsidenten in die Liste der „Fachanwälte für Steuerrecht“ eingetragen sind.

In die Liste der Fachanwälte für Steuerrecht können nur Rechtsanwälte eingetragen werden. Die Eintragung in die Liste geschieht nur, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. Der Rechtsanwalt muß die Eintragung beantragen und ein Zeugnis der Reichsfinanzschule Berlin darüber beibringen, daß er mit dem Wesen der verschiedenen Steuern und mit den Vorschriften der Steuererlasse vertraut ist und die Buchführung und das Bilanzwesen sowie die praktischen Auswirkungen und Beziehungen von Buchführung und Bilanz zum Steuerrecht beherrscht.

2. Der Reichsminister der Finanzen und der Reichsminister der Justiz müssen die Eintragung genehmigt haben.

Das Zeugnis der Reichsfinanzschule Berlin kann nur dadurch erlangt werden, daß der Rechtsanwalt an einem mindestens einmonatigen Lehrgang der Schule teilnimmt.

Die Ostmark meldet 788 000 DAF-Mitglieder.

DNB Wien, 4. Juli.

Der Aufbau der Deutschen Arbeitsfront in der Ostmark, der von Reichskommissar Büchel in die Hände Dr. Gupfers gelegt wurde, geht, wie die NSR meldet, mit Riesenschritten voran.

Seit dem Besuch Dr. Gups in den österreichischen Bezirken und seit der Eröffnung der ersten DAF-Bezirksstellen haben sich bereits 788 000 österreichische Arbeiter in die Arbeitsfront eingetragen. Dabei haben in mehr als 13 700 Betrieben die Arbeitskameraden vollständig ihre Mitgliedschaft zur Deutschen Arbeitsfront erklärt.

So hat der Gedanke der Betriebsgemeinschaft, der Betriebsführer und Gefolgschaft in der DAF vereint, einen spontanen Widerhall gefunden.

Juden beherrschen den Handel Polens

Mehr als die Hälfte aller Handelsreisenden sind Juden.

Warschau, 4. Juli.

Die beherrschende Stellung der Juden im polnischen Handel wird durch eine auffallende Zusammenstellung veranschaulicht, die die polnische Wochenzeitschrift „Jeopol“ veröffentlicht.

Mussolini eröffnet die Drescharbeiten in Aprilia.

Das italienische Volk wird das für sein Leben nötige Brot haben!

Die Spekulationen der Feinde Italiens sind fehlgeschlagen.

DNB Rom, 4. Juli.

Nachdem die Getreideernte in ganz Italien bereits seit 14 Tagen in vollem Gange ist, hat Mussolini am Montagmittag im Gebiet der ehemaligen Pontinischen Sümpfe, der jüngsten Provinz Littoria, die Arbeit an der Dreschmaschine eröffnet. Kurz vor 1 Uhr war der Duce, begleitet von Parteiführern, Minister Starace und anderen Regierungsmittgliedern sowie von sämtlichen Gauleitern Italiens, in Aprilia eingetroffen. Unter dem stürmischen Jubel der Landarbeiter stieg er sofort auf die Dreschmaschine und hielt vor deren Eingangsöffnung eine kurze Ansprache über Sinn und Bedeutung der diesjährigen Ernte- und Drescharbeiten, die durch den italienischen Rundfunk verbreitet wurde.

Mit der Abwicklung der Erntegeschäfte, so führte Mussolini mit starker Betonung und stichhaltigem Stolz aus, breche die schändlichste Spekulation jener Front zusammen, die aus dem Verscham aller Völker gebildet werde. Man wolle auf den Hunger der italienischen Völker und auf seine Wüterei spekulieren. Er könne aber heute von der Dreschmaschine herunter, wo er sich aufhalte, das Getreide der Jahrhundertlang vernachlässigten und nur durch den Wagemut und den Willen des Faschismus für die Landwirtschaft erschlossenen Pontinischen Gebiete auszuheben, vor aller Welt erklären, daß die diesjährige Ernte qualitativ besser sei, als die vorjährige und quantitativ nur wenig hinter ihr zurückbleibe. Dabei sei das letzte Wort noch nicht gesprochen. Italien könne zuzug der Zukunft entgegensehen.

Der knappe Boden Italiens, der von den durch und durch fauchenden Bauern Italiens mit so viel Glauben und Sorgfalt bearbeitet werde, habe ihnen die schönsten aber auch die höchste verdiente Lebensgrundlage bereitet: Das italienische Volk werde das für sein Leben nötige Brot haben. Aber selbst wenn es an diesem Brot gefehlt hätte, so hätte sich das italienische Volk niemals — er wiederholte: niemals! — dazu hergegeben, bei den sogenannten großen Demokro-

kratien irgendeine Hilfe zu suchen. Die Berechnungen der Antifaschisten seien fehlgeschlagen. Auf diese Feinde Italiens wolle er aber heute das italienische Volk besonders hinweisen, damit es sich an sie zur gegebenen Zeit und unter solchen Umständen im Frieden wie im Kriege erinnere.

Mit stürmischem Jubel wurden die Worte Mussolinis aufgenommen. Dieser gab den Befehl zum Eingangsgebet der Drescharbeiten, deren Summen dann mit den Volksliedern der Landarbeiter zusammenklang.

Auf einer italienischen Dorfkirmes.

Abbruch der Studienfahrt des Dritten Weltkongresses „Arbeit und Freude“.

DNB Mailand, 4. Juli.

An den Dritten Weltkongress „Arbeit und Freude“ in Rom, der Vertreter von 62 Ländern zu einem umfassenden Erfahrungsaustausch auf allen Gebieten der Freiheitgestaltung zusammengeführt hat, schloß sich eine Studienfahrt durch eine Reihe von italienischen Städten. Diese Fahrt, auf der die Teilnehmer unmittelbaren Einblick in die praktische Arbeit der italienischen Freiheitsorganisation Dopolavoro nehmen konnten, fand am Sonntag mit einem Besuch des Comer Sees ihren Abschluß. Im prächtig geschmückten Como lag ein farbenreicher Festzug an den Kongreßteilnehmern vorüber. Nach der Begrüßung durch die Stadtverwaltung wohnten die ausländischen Gäste weiter dem bunten Treiben einer italienischen Dorfkirmes bei. Ein Corso der Nachfahr- und Wasserparaden des Dopolavoro und ein Feuerwerk auf dem See schloßen sich an.

Wenn am heutigen Montag die Teilnehmer des Kongresses die Rückfahrt in ihre Länder antreten, werden sie sämtlich den Eindruck mit heimnehmen, daß die großen und arbeitsreichen Organisationen der Welt, „Arbeit und Freude“, die Erhaltung des sozialen Friedens in ihrem Lande gewährleisten und damit gleichzeitig auch durch das Zerbrechen der marxistischen Kampfbünde einen nicht hoch genug einzuschätzenden Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens leisten.

Geist und Faust.

Aufgaben und Ziele der nationalpolitischen Erziehungsanstalten.

Erklärungen des Reichsministers Rust.

DNB Wehenhoop (Dass), 4. Juli.

Bei einem Besuch des Festlagers von zwölf nationalpolitischen Erziehungsanstalten in Wehenhoop auf dem Dars, wo gegen 8000 Erzieher und Jungmänner aus dem ganzen Reich untergebracht sind, nahm Reichsminister Dr. Rust Gelegenheit, vor den Erziehern und den im Lager erschienenen Gästen über Aufgaben und Ziele dieser Anstalten zu sprechen.

In einem kurzen Rückblick erinnerte er an die Begründung der ersten drei Anstalten am Geburtstag des Führers im Jahre 1933. Die drei ehemaligen Kadettenanstalten, Potsdam und Köslin wurden für die nationale politische Schulung umgestaltet. Es sollte auf ihnen der totale Mensch gepflegt werden, ohne eine einseitige geistige Ausbildung. Unter verklärter Berücksichtigung der körperlichen Ausbildung und der Stärkung des Gemeinschaftslebens lehnte sich der Reichsminister umher dann kurz die zurzeit im Reich bestehenden 14 Anstalten und teilte mit, daß in diesem Jahre in ganz Deutschland durch die Einrichtung einer Oberstufe zu einer vollen Anstalt ausgebaut werden sollte. Weiter werde die nationalpolitische Erziehungsanstalt „Scharnhorst“ am Ende bei Trier entstehen. Die nationalpolitischen Erziehungsanstalten seien die granitene Grundlage der zukünftigen nationalpolitischen Erziehung.

Im Laufe des Nachmittags wandte sich der Reichsminister an die Teilnehmer der nationalpolitischen Erziehungsanstalten noch einmal an die Jungmänner und an die Erzieher. Er betonte, daß die Erziehungsaufgaben der Anstalten nicht nur die körperliche, sondern auch die geistige und seelische richtig verstanden, dann bedeute es: mutig sein, die Augen aufmachen und klar beobachten. In den Worten „Wachheit“ lag eine anfechtende Forderung, die Grundgedanken seien, die niemals in der Welt entschlafen dürfen. „Was wir“, so betonte Minister Rust, vor einem halben Menschenalter mit dem Führer antrat, hat uns eine abnehmende Richtung, die nur der Geist und nicht der Körper gelten lassen wollte, den Vorwurf gemacht, daß die Form unseres Kampfes unwürdig sei, weil wir auf die Straße gegangen sind und die anderen, die uns schlugen, auch geschlagen haben. In dieser Stunde entschlief die Selbstbeziehung von der alleinigen Beherrschung der Welt durch den kultivierten Geist. Die Faust gehört dazu. Der Führer wollte nicht nur den geistigen Arbeiter in der Führung des Volkes haben, sondern die Kraft haben, die nur aus der Seele kommt, wenn Geist und Faust zusammenwirken. Die ins Leben gerufenen nationalpolitischen Erziehungsanstalten hätten die Jungmänner aus der Einseitigkeit ihres Lebens herausgebracht. Er habe diese Anstalten aber nicht begründet, um gewisse Besonderheiten des Sportes durchzuführen, sondern um bedingungslos Nationalsozialisten zu erziehen.

Bolschewisten banden Geiseln zusammen und warfen sie ins Meer.

Verführte belgische „Freiwillige“ entlarven bolschewistische Lügenmeldungen.

Die Leichen wurden an der französischen Küste angetrieben.

DNB Brüssel, 4. Juli.

In Namur wurde eine bemerkenswerte Veranstaltung der aus Kottipaten zurückgekehrten belgischen „Freiwilligen“ abgehalten.

Die Redner, sämtlich bewährte Opfer der kommunistischen Agitationen, von denen sogar einige als Gegenredner zu der Versammlung zugelassen worden waren, richteten erhellende Anlagen gegen ihre bolschewistischen Verführer. Dabei brachten sie hochinteressante Enthüllungen über die wahren Zustände an der russischen Front vor.

In ergreifenden Worten schilderten sie, welcher entsetzlichen und allen menschlichen Gesetzen widersprechenden Szenen sie in dem noch von den Bolschewisten unterdrückten Teil Spaniens Zeugen hätten sein müssen — tägliche Ermordungen, Mißhandlungen und unbeschreibliche Peinlichkeiten — und unter welchen Schreckensbedingungen sie aus Kottipaten zu entfliehen, nachdem sie verurteilt worden waren.

unter Zugrundelegung der Volkszählung vom Jahre 1931 veröffentlicht. Danach sind im Durchschnitt von 100 Personen, die sich zum Handel ernähren, 59 Juden.

Die jährliche Monopolstellung im polnischen Handel zeigt aber ein noch viel trübsameres Bild. In der Statistik vom Jahre 1935, die die polnische Regierung veröffentlicht hat, wenn man die Jüden der einzelnen Landesanteile heranzieht. Denn während es in Polen nur drei, in Rumänien vier und in Schottland 13 Juden sind, die auf 100 Handel treibende Einwohner entfallen, so liegt die Verhältniszahl in Warschau auf 51, in Lodz auf 56, in Krakau auf 61, in Wlodek auf 66, in Bialystok auf 70, in Lublin auf 78, in Posen auf 81, am schließlichen mit

85 Juden auf 100 Handel treibende Personen in den Reichsmonopolstädten Lodz und Warschau einen kaum mehr zu überbietenden Höhepunkt zu erreichen. Die Zusammenfassung zeigt weiter, daß die Verjudung des Handels in Polen in jüdischer Richtung fortgeschritten ist. Die polnische Bevölkerung dieser Gebiete geriet in Abhängigkeit vom jüdischen Händler.

Ein Sonntag der Verheerung in Frankreich. Am letzten Sonntag kam es in Frankreich wieder einmal zu außergewöhnlich vielen folgenschweren Verkehrsunfällen. Die Bilanz des Tages beläuft sich auf 9 Tote und 62 Ver-

Aus der Tschecho-Slowakei.

Die Forderungen der Karpaten-Ukrainer. — Verschleppungstatistik.

Schloß unwillkommen für die Prager Gewalttäter haben die Karpaten-Ukrainer in einem Memorandum ihre Forderungen auf die ihnen durch internationale Verträge garantierte Autonomie angedeutet. Die erste Forderung dieses Memorandums wurde auf der tschechischen Seite so unangenehm empfunden, daß sie konfiguriert wurde und die Karpaten-Ukrainer sich veranlaßt sahen, das Memorandum in einer neuen Fassung an den Staatspräsidenten Dr. Beneš, an den Ministerpräsidenten Dr. Šedivý und an die Regierung, als solche zu richten. Die zweite Fassung, deren Inhalt der Öffentlichkeit inzwischen bekannt geworden ist, prangert die tschechische Politik an, die Nichtachtung der internationalen Verträge und die Nichtbeachtung der von den Karpaten-Ukrainern in der Vergangenheit wiederholt ausgesprochenen Wünsche auf eine endliche Regelung ihrer vertraglichen garantierten Stellung.

Die Front der Volksgruppen in der Tschecho-Slowakei, die um Gerechtigkeit kämpfen, ist nunmehr durch die Karpaten-Ukrainer, die Ruthenen, Russinen im tschechoslowakischen Staatsgebiet vergrößert worden. Es handelt sich um eine halbe Million Menschen, die gegen das tschechische Regime Anklage erheben und sich mit ihrem Memorandum nicht nur an die Prager Verantwortlichen Stellen, sondern an die ganze Öffentlichkeit wenden. Wie Prag auf die Forderungen der Karpaten-Ukrainer reagieren wird, ist im einzelnen noch nicht zu überblicken, aber fest steht schon jetzt, daß man an die Förderung dieses Memorandums mit dem größten Mißvergnügen herangeht und das selbe verurteilt, was man sich zur Zeit gegenüber den Subkarnischen und den Slowaken zu erlauben erdreistet. Schließlich kann Beneš sich nicht selbst üben lassen, daß er doch in einer seiner bekanntesten politischen Veröffentlichungen davon gesprochen, daß die Tschechen niemals wieder auf die Slowakei noch auf die Karpaten-Ukrainer verzichten würden, weil auf den Besitz dieser beiden Gebiete die ganze tschechische Politik aufgebaut ist, ebenso wie die der Kleinen Entente und die der französisch-tschechischen Zusammenarbeit in Mitteleuropa.

Zum Verständnis der Karpaten-Ukrainischen Forderungen auf Autonomie sei hier kurz die Vorgeschichte skizziert. Bekanntlich waren die Karpaten-Ukrainer bis zum Kriegsende Ungarn eingegliedert. Ihre Sehnsucht war die Vereinigung mit dem großen russischen Reich, und der Weltkrieg ausbrach, haben sie natürlich eine Möglichkeit, daß ihre Sehnsucht bald Erfüllung finden würde. Die Hoffnungen wurden jedoch in dem Augenblick enttäuscht, als in Rußland die Revolution ausbrach und das Sowjetregime errichtet wurde. Die Donau-Monarchie war zusammengebrochen, aber ebenso das zaristische Regime mit tschechischen Interessen, und es kam dahin, daß die Karpaten-Ukrainer der Tschechoslowakei zugeteilt wurde, allerdings mit der Vereinbarung, daß den Karpaten-Ukrainern völlige Autonomie gewährt werden sollte.

Wie in anderen Fällen haben die tschechischen Machthaber in Prag sich über diese vertragliche Regelung hinweggesetzt und bis heute nicht nur die Selbstverwaltung der Karpaten-Ukrainer unmöglich gemacht, sondern ihre Verwaltung sogar mit einem tschechischen Beamtenapparat durchsetzt. Zwar haben die Karpaten-Ukrainer protestiert, aber 1933 sogar die Genfer Liga eingegriffen, aber daraus kam nichts anderes als eine im Frühjahr 1937 erlassene provisorische Verwaltungsreform, die geradezu eine provokatorische Vandalisierung der Friedenskonferenz darstellt, weil der Gedanke der Autonomie auch nicht einmal andeutungsweise berücksichtigt worden ist. Auf den weiteren Verlauf der Verhandlungen zwischen den Karpaten-Ukrainern und den verantwortlichen tschechischen Stellen darf man gewiß gespannt sein.

Die in den letzten Tagen bekannt gewordenen Einzelheiten über die Ereignisse, die sich derzeit hinter den Türen der Prager Regierungsstellen abspielen, lassen wenig Hoffnung auf eine baldige Lösung des Nationalitätenproblems in der Tschecho-Slowakei aufkommen. Selbst wenn es dem Ministerpräsidenten Dr. Šedivý mit seinem Vizepräsidenten Dr. Beneš gelingt, die Nationalitätenfrage zur Erzielung eines neuen Abkommens mit der Subkarnischen Partei zu überwinden, die Schwierigkeiten, die ihm aus dem tschechischen Lager jetzt schon bevorstehen, werden, der Verwirklichung dieses Abkommens eher als dienlich sein. Eine offizielle Erklärung, in der darauf verwiesen wird, daß die Regelung der von ihr getroffenen Entscheidung nicht einseitig durch ein Dekret in Kraft setzen könne, weil es in der Tschecho-Slowakei doch keine Diktatur gebe und sie daher den Willen des Parlamentes berücksichtigen müsse, klingt immer noch unangenehm. Koalitionsparteien eine Verfassungsfrage zu geben.

Es ist kein Geheimnis mehr, daß einzelne Regierungen gewisse Teile des Subkarnischen Abkommens überhaupt ablehnen und so das ganze Verhandlungsnetz von allem Anfang an bedrohen. Es dürfte wertvoll sein, sich diese Tatsachen gut in Erinnerung zu behalten; denn es ist gar nicht ausgeschlossen, daß der Subkarnische Vertrag als den Schuldigen am Scheitern der Reform des Nationalitätenproblems verantwortlich zu machen. Ob genug schon ist das Deutschland dazu mißbraucht worden, den Subkarnischen Vertrag, um die Schuld anderer abzuwälzen oder gar zu verurteilen. Auf eine solche Lösung der innenpolitischen Krise der Tschecho-Slowakei im Laufe des Sommers ist unter solchen Umständen wohl überhaupt nicht mehr zu rechnen. Die Verwirklichung der ganzen tschechischen Politik und die Verwirklichung der von ihr getroffenen Entscheidung nicht einseitig durch ein Dekret in Kraft setzen könne, weil es in der Tschecho-Slowakei doch keine Diktatur gebe und sie daher den Willen des Parlamentes berücksichtigen müsse, klingt immer noch unangenehm. Koalitionsparteien eine Verfassungsfrage zu geben.

Auch die angekündigte Einsetzung eines gesamttschechischen Ausschusses der Koalitionsparteien, dem parlamentarische Repräsentanten aus dem Gebiete der Selbstverwaltung angehören sollen, scheint nur ein Teil dieser Verschleppungsaktion zu sein; denn jetzt schon wird mitgeteilt, daß neben dem Scherz aus der tschechischen Seite, daß neben dem tschechischen Ausschusse ein Ausschuss der Subkarnischen Partei aus der tschechischen Seite besteht, daß heute wohl jeder, der nur einigermaßen politisch aufgeklärt ist, die Regierung verurteilt, daß das Verwirklichungswort langsam aber sicher zu Tode mahlen.

Umfangreiche Verhaftungen bei der GPU in Fernost.

London, 4. Juli.

Wie der „Daily Express“ meldet, hat die GPU jetzt eine neue Säuberungsaktion in der fernöstlichen Armee und in der GPU selbst durchgeführt. Insgesamt seien 700 GPU-Mitglieder und Soldaten verhaftet worden. Unter den Verhafteten befinden sich, meldet „Daily Express“ weiter, Oberst Wankow, der persönliche Adjutant Marshall Wankows, und General Romanowski, der Artilleriechef in Wladivostok. Der politische Kommissar in Wladivostok, Krasschew, sei bereits hingerichtet.

Nummer 1

54 chine

Bomb

Nach einer au

Ueberhan

Besehu

Am Montag u

Die Operation

Feiertlicher ja

Die japanische

Jahrestag i

Der Tag, mit

Bei der Feier

fieberhafte

Roten Ar

„Gazeta Polska“